

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 447

Mittwoch, 4. November 2009

16. Jahrgang

“Etwas ist deutlich schiefgelaufen”

Carlos Castresana, eine Grösse in Sachen Internationalem Recht, war in seiner damaligen Funktion als spanischer Staatsanwalt einer der Initiatoren des Falls Pinochet und der Prozesse gegen die argentinischen Militärs. Seit 2007 ist er der im Rahmen eines UNO-Mandats tätige Leiter der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG). In dieser Funktion hat er sich unter anderem mit dem Fall des Anwalts Rosenberg beschäftigt, der vor seiner Ermordung ein Video hinterliess, in dem er den guatemaltekischen Präsidenten Alvaro Colom, für seinen Tod verantwortlich machte.

Der folgende Text ist die Kombination eines Interviews, das Carlos Castresana am 9. Oktober der spanischen Zeitung “Vanguardia” gegeben hat, seinem Referat an der Jahreskonferenz der Politischen Abteilung IV für Menschliche Sicherheit des Schweizerischen Departement des Äusseren (EDA) vom 15. Oktober sowie eines in diesem Rahmen mit ihm geführten Interviews der ¡Fijáte!-Redaktion.

Vanguardia: Wie haben Sie den Fall Rosenberg gelöst?

Carlos Castresana: Der Fall Rosenberg wurde dermassen “mixtifiziert” (Wortspiel zwischen vermischen und mystifizieren), dass er zu einer regelrechten Staatskrise ausartete. Tatsächlich stand während 72 Stunden die Regierbarkeit des Landes auf dem Spiel. Doch der Fall an sich ist relativ einfach und ein gutes Beispiel, um die Arbeit der CICIG aufzuzeigen. Der Fall Rosenberg wurde aufgeklärt (siehe ¡Fijáte! 444), weil man nicht, wie es die Mehrheit der guatemaltekischen und internationalen öffentliche Meinung gefordert hatte, den Präsidenten und seine Gattin an den Pranger stellte, sondern weil man striktes kriminalistisches Vorgehen anwendete: Wir werteten die Aufnahmen sämtlicher Videokameras in Rosenbergs Wohnquartier aus und konnten so das Fahrzeug identifizieren, das Rosenberg verfolgt hatte, als er am 10. Mai auf seinem Fahrrad das Haus verliess. Dieses Auto war sehr auffällig: ein schwarzer Mazda, das Nummernschild war gefälscht, es hatte hinten einen Spoiler, eine rote Markierung an den Pneu und einen Aufkleber am Tankdeckel. Es war also nicht irgendein Fahrzeug und alles, was wir machten, war klassische Polizeiarbeit: Wir gingen auf die Fahrzeugkontrolle, liessen uns die Namen sämtlicher BesitzerInnen von Mazdas 6 geben und überprüften sie einzeln. Bis wir den Besitzer dieses spezifischen Fahrzeugs ausmachen konnten – ein ehemaliger Polizist. Und wir machten, was in jedem zivilisierten Land in diesem Fall gemacht würde: Wir hörten sein Telefon ab und leiteten die normalen Untersuchungen ein, bis wir die ganze Bande hatten. Damit haben wir nichts anderes gemacht, als in Guatemala eine “normale” Untersuchung durchzuführen, transparent und vertrauenswürdig. Wir erlangten eine Glaubwürdigkeit, welche die lokalen Institutionen nicht haben, und in diesem Sinne hat die Kommission eine Normalität wieder herstellen können in einem Moment, in dem die Institutionen extrem in Frage gestellt waren. Wie sich eine solche Situation im Extremfall entwickeln kann, sehen wir aktuell im Nachbarland Honduras. Es geht hier um einen Kriminalfall, und unabhängig davon, welche hochrangige Institutionen oder Personen darin involviert sind, muss er wie ein Kriminalfall angegangen werden.

¡Fijáte!: Nun sind ja, wie in so vielen anderen Fällen in Guatemala, zwar die materiellen Täter verhaftet, die intellektuellen Verantwortlichen geniessen nach wie vor Straflosigkeit. Gehen Sie mit Ihren Untersuchungen noch einen Schritt weiter oder bleibt es bei der Verurteilung von Sündenböcken?

C.C.: Ich kann Ihnen im Moment keine Details erzählen, aber dieser Fall wird komplett aufgeklärt werden, das verspreche ich Ihnen. Wir werden wie bisher die normalen Untersuchungsweisen anwenden – die für Guatemala alles andere als normal sind – und keinerlei Vorbehalte oder Vorurteile berücksichtigen.

¡Fijáte!: Auch wenn es um den Präsidenten geht?

C.C.: Auch wenn es um den Präsidenten geht. Wir können da keine Animositäten berücksichtigen, denn schliesslich geht es um das Ansehen der Vereinten Nationen. Was wir aufdecken werden, decken wir auf, und wir wenden dabei polizeiliche und kriminalistische Methoden an und nicht politische. Weder im Guten noch im Schlechten gehen wir anders vor, als wir bei irgendeinem Mordfall in Bern vorgehen würden. So sind wir auch bisher vorgegangen und dies nicht erfolglos, oder?

Vanguardia: Wie wurde die Kommission von den guatemaltekischen Autoritäten aufgenommen?

C.C.: Wir wurden respektiert, und man hat uns die nötige Zeit gelassen, um Fuss zu fassen. Ehrlicherweise muss man sagen, dass es am Anfang Sektoren gab, die uns gegenüber sehr kritisch eingestellt waren und aus patriotischen Gründen und mit Souveränitätsargumenten sogar Widerstand gegen unsere Präsenz leisteten. Dies war die Folge vieler Missverständnisse, was unsere Präsenz und unser Mandat anbelangt. Aber man darf nicht vergessen, dass es die guatemaltekische Regierung war, die uns eingeladen hat, ins Land zu kommen. Unterdessen gewannen wir aber in breiteren Kreisen Anerkennung, ein Grossteil der Bevölkerung hat Vertrauen in uns. Was die Regierung betrifft, war es nicht immer einfach. Grundsätzlich ist sie kooperativ und verhält sich korrekt. Aber in einem Land, in dem es immer an Ressourcen mangelt, ist es einfach so, dass uns nicht alle Leute und die gesamte Infrastruktur zur Verfügung gestellt oder die Gesetze so schnell modifiziert werden können, wie wir uns das wünschen. So haben uns zum Beispiel die häufigen Wechsel im Innenministerium ziemlich zu schaffen gemacht, weil die jeweiligen Minister unterschiedlich kooperativ waren. Mit dem aktuellen sind wir dran, wieder eine Zusammenarbeit aufzubauen.

Auch unsere kürzliche Intervention bei den Wahlen der Richter des Obersten Gerichtes hat unsere Beziehung mit der Regierung, dem Kongress und den Institutionen auf eine harte Probe gestellt. Aber schlussendlich wurden unsere Einwände angenommen und berücksichtigt, was für uns ein grosser Erfolg bedeutet.

Vanguardia: Der jüngste Bericht der guatemaltekischen Menschenrechtsorganisation Grupo de Apoyo Mutuo (GAM) spricht davon, dass die Gewalt in Guatemala ständig zunimmt, wortwörtlich: "Die Gewalt von heute ist grösser als jene von gestern, und was wir morgen erleben werden, ist nichts im Gegensatz zu dem, was uns in der Zukunft bevorsteht." Teilen Sie diese Meinung?

C.C.: Ja. Ich will nicht dramatisieren, aber es ist einfach so, dass die Probleme, die wie heute nicht lösen, sich mit der Zeit verschlimmern werden. Die Anzahl der durch Gewalteinfluss Gestorbenen hat seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen ständig zugenommen. Während der Präsidentschaft von Alvaro Arzu waren es 12'000, in der Zeit von Portillo waren es 14'000, unter der Regierung von Berger waren es 21'000, und nun mit Colom müssen wir mit 25'000 gewalttätigen Morden rechnen (in je vier Jahren). Wir sind wieder bei den Zahlen des bewaffneten Konflikts angelangt mit dem Unterschied, dass sich das Land heute im Frieden befindet.

Es ist auch beunruhigend, dass in Guatemala derzeit doppelt soviel Munition im Umlauf ist wie während des Krieges: Damals waren es 25 Mio. Kugeln pro Jahr, heute sind es 50 Mio. Wo werden all diese Kugeln verschossen? Es ist offensichtlich, dass ein Teil ausser Landes geschmuggelt wird, der Rest wird aber in Guatemala verschossen, was bedeutet, dass wir hier einen Konflikt haben, zwar nicht im legalen oder politischen Sinne, der aber trotzdem gelöst werden muss.

Vanguardia: Guatemala ist heute gewalttätiger als El Salvador, das bisher den Ruf hatte, das diesbezüglich schlimmste Land Lateinamerikas zu sein.

C.C.: Qualitativ gesehen stimmt das. Vielleicht nicht in absoluten Zahlen, aber was die Fähigkeit des Staates betrifft, darauf zu reagieren, auf jeden Fall. In El Salvador beträgt die Straflosigkeit ca. 50%, in Guatemala ist sie 98%. El Salvador hatte einen ähnlichen brutalen, bewaffneten Konflikt, Friedensabkommen, die mehr oder weniger implementiert wurden und Institutionen, die zwar nur auf Sparflamme funktionieren, die aber funktionieren. In Guatemala ist das Justizsystem quasi kollabiert. Nur zwei von hundert Fällen zu lösen, bedeutet, dass die fundamentalen Rechte der Bevölkerung nur noch in der Theorie bestehen.

Ausführung Castresana an der EDA-Tagung: Die Ausgangslage ist heute in Guatemala völlig anders. Die Gewalt wird nicht mehr von staatlichen Kräften ausgeübt, das heisst, wir können nicht mehr von politischer Gewalt sprechen. Die Täter stammen aus der Zivilgesellschaft, und die Institutionen des Staates sind von rechtswidrigen Gruppen unterwandert. Heute respektiert der Staat die BürgerInnen, aber er kann sie nicht schützen. Meiner Meinung nach ist nach den Friedensabkommen etwas gewaltig schief gelaufen. Es wurden zwar perfekte Abkommen unterzeichnet, doch diese wurden nicht umgesetzt (z. B. Ablehnung des Referendums 1999, welches

die gesetzliche Verankerung diverser Punkte der Friedensabkommen garantiert hätte, die Red.). Es wurde nichts zur Auflösung der aufstandsbekämpfenden Strukturen unternommen, und so konnten sich diese Kräfte nach Belieben neu organisieren und sich neue Wirkungsfelder suchen. Was die Aufarbeitung der Vergangenheit betrifft, wurde an dem Recht auf Wahrheit gearbeitet, das Recht auf Gerechtigkeit wurde jedoch ausgeklammert, und alle Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen an der Menschlichkeit aus der Zeit des bewaffneten Konflikts blieben straflos. Unterdessen hat sich die Straflosigkeit zu einem Instrument der Gewalt gewandelt, deren Ursache die Korruption ist. Manchmal denke ich, man hätte so etwas wie eine CICIG bereits 1996 einrichten müssen.

¡Fijáte!: Dadurch, dass das Mandat der CICIG darin besteht, nur aktuelle Fälle aufzuklären, wurde ein wichtiger Teil der Aufarbeitung der Vergangenheit übersprungen. Kann unter diesen Bedingungen überhaupt eine längerfristige und nachhaltige Veränderung erreicht werden?

C.C.: Klar wäre es viel einfacher, wenn alle oder wenigstens einige der wichtigen Verbrechen des bewaffneten Konflikts verfolgt und aufgeklärt worden wären. Da können wir aber nichts machen und müssen unser Mandat strikt einhalten. Ich möchte festhalten, dass es in acht Fällen zu Anfechtungen kam, weil uns vorgeworfen wurde, wir würden uns in etwas einmischen, das nicht unserem Mandat entspricht, doch die Gerichte haben in allen acht Fällen zu unseren Gunsten entschieden. Die Aufklärung der Verbrechen der Vergangenheit ist Aufgabe der guatemaltekischen Gerichte, und wenn die internationale Gemeinschaft ein Interesse daran hat, dass diese Verbrechen aufgeklärt werden, muss sie sich andere Mechanismen überlegen als die CICIG. Wenn wir jedoch heute klandestine Apparate demontieren können, die bereits vor 30 Jahren funktioniert haben, tragen wir selbstverständlich etwas zur Aufarbeitung der Vergangenheit bei.

¡Fijáte!: Aus einer Intervention von Helen Mack an der heutigen Tagung war eine grosse Frustration zu hören bezüglich dem, was die CICIG bewirken kann. Wie ist Ihre Beziehung zu jenen guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen, die massgeblich für das Vorgängerprojekt der CICIG, die CICIACS, gekämpft haben?

C.C.: Unsere Beziehung zu diesen Organisationen und überhaupt zur organisierten Zivilgesellschaft ist sehr gut, und wir geniessen ihre volle Unterstützung. Das Problem, das diese Organisationen haben, haben sie mit ihrer Regierung, weil sie sehen, dass dort nichts unternommen wird, um ihre Forderungen umzusetzen. Dass die Regierung nichts macht, ist aber wiederum nicht unser Fehler.

Vanguardia: Ihre Kommission beschäftigt sich auch mit den Frauenmorden. Die sind ja in Guatemala noch viel schlimmer als in Ciudad Juárez, Mexiko?

C.C.: Ja, es ist schlimmer. In Mexiko ist in erster Linie die Straflosigkeit das Problem und nicht die Anzahl der Toten. In Guatemala sind die Zahlen exorbitant: 700 ermordete Frauen pro Jahr in einem Land mit 13 Mio. EinwohnerInnen. Und eine Aufklärungsrate von 2%. Die Straflosigkeit ist immens. Dies ist fast eine Einladung an die Täter: Frauen können umgebracht werden, ohne dass es juristische Konsequenzen hat.

Vanguardia : Gibt es in diesen Fällen ein Muster ?

C.C.: Prozentual ist die Zahl unaufgeklärter Morde im Fall von Frauen etwa gleich hoch wie jene der Männer. Aber es gibt einen elementaren Unterschied: Männer werden normalerweise für das umgebracht, was sie tun, derweil Frauen umgebracht werden für das, was sie sind. Während Männer ihr Verhalten ändern können, wenn sie wollen, können Frauen ihr Frausein nicht verändern. Sie brauchen einen spezifischen Schutz, weil sie einer spezifischen Gewalt ausgesetzt sind. In zwei von drei Fällen sind ausserdem die Täter bekannt, da es sich um Fälle häuslicher Gewalt handelt. Sie werden von ihren Partnern, Verlobten, Vätern, Arbeitskollegen oder männlichen Bekannten umgebracht. Es wäre also kein polizeiliches Kunststück, die Täter zu bestimmen.

¡Fijáte!: Wenn es so einfach ist, wie Sie das darstellen, weshalb hat die CICIG denn nicht schon längst ein paar Präzedenzfälle geschaffen?

C.C.: Die Aufklärung der Frauenmorde ist nicht direkt Teil unseres Mandats. Wir haben die Aufgabe, klandestine Sicherheitsapparate und illegale Strukturen zu demontieren. Wir haben ein paar Fälle von Feminizid aufgenommen, in die kriminelle Strukturen involviert sind. Aber individuelle Fälle häuslicher Gewalt müssen von der Polizei und der Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Hier geht es aber nicht nur um die rein institutionelle Aufgabe, sondern es liegt in der Verantwortung der ganzen Gesellschaft, ihre Einstellung gegenüber den Frauen und dem Wert eines Frauenlebens zu ändern.

¡Fijáte!: Was geschähe, wenn in zwei Jahren das Mandat der CICIG nicht erneuert würde?

C.C.: Das müssen Sie den UNO-Generalsekretär fragen! Ich weiss nicht, was das für Guatemala bedeuten würde. Aber wenn es internationales Interesse gibt, dass die Arbeit weitergeführt wird, können neue Verträge abgeschlossen und im Rahmen der üblichen Kooperation die von uns in die Wege geleiteten Prozesse unterstützt werden. Natürlich würde ich mir wünschen, dass es bis dahin die CICIG nicht mehr brauchen würde, aber ich habe keine Kristallkugel, um die Zukunft zu lesen.

¡Fijáte!: Und wenn die Regierung wechselt?

C.C.: Der Erfolg der CICIG hängt nicht von dieser oder irgendeiner guatemaltekischen Regierung ab. Wir müssen mit jeder Regierung zusammenarbeiten können, mit der aktuellen, der nächsten und der übernächsten. Sie sehen, ich habe eine Zeithorizont von mindestens 12 Jahren im Blick.

Der Oberste Gerichtshof ist komplett

Guatemala, 13.Okt. Der Kongress hat entschieden, wer künftig die 13 RichterInnen für den Obersten Gerichtshofs (CSJ) und die weiteren 90 der Appellationsgerichte sind. Der Einfluss der UN-Kommission gegen die Strafflosigkeit in Guatemala (CICIG) und die Lobbyarbeit der Menschenrechtsorganisationen haben erreicht, dass die Transparenz des Verfahrens tatsächlich ein wenig durchschien (siehe ¡Fijate! 445).

Im Vorfeld der Kongressentscheidung hatte Carlos Castresana, Leiter der CICIG, erklärt, dass acht nominierte Personen entweder fragwürdige Urteile in gesellschaftlich relevanten Gerichtsverfahren gefällt hätten, es schwebende Verfahren gegen sie gäbe oder sie in zweifelhafte Aktivitäten verwickelt seien, bzw. dass bei ihnen die Gefahr bestehe, dass sie ihre Unabhängigkeit persönlichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen opferten. In den Wochen vor der Entscheidung der ParlamentarierInnen verblieben sechs KandidatInnen, die dennoch nominiert worden waren. Ihnen wurde von Seiten der CICIG und von Menschenrechtsgruppen folgendes vorgeworfen:

- Lesbia Jackeline España: sie hatte mehrere Disziplinarverfahren gegen sich anhängig, u. a. wegen eines Freispruchs in einem Prozess wegen Mordversuch. Sie soll 200.000 Q von dem Angeklagten Edin Gilberto Morales Rosset erhalten haben (was sie bestreitet). Zudem wird ihr vorgeworfen, als Vorsitzende des 4. Appellationsgerichts Verfahren im Zusammenhang mit dem Massaker in Dos Erres (La Libertad, Peten, 1982) verschleppt zu haben. Schliesslich ist sie an einer Baufirma beteiligt, die Staatsgelder erhalten hat.
- Manuel de Jesús Pocasangre Ávila: er ist aktives Mitglied der UNE, Vater des Gouverneurs des Departments Guatemala Stadt. Er ist kein Richter und wurde in seiner Funktion als leitender Mitarbeiter des Agrarministeriums zweimal von der Kassenprüfung mit Strafen wegen Unregelmässigkeiten belegt.
- Elda Nidia Nájera Sagastume: sie ist die Schwester eines UNE-Abgeordneten. Ihr wird vorgeworfen, in diversen Gerichtsurteilen wegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption prominente Angeklagte begünstigt zu haben, etwa Efraín Ríos Montt, Byron Lima (verurteilt wegen des Mordes an Bischof Gerardi) oder Eduardo Arévalo Lacs (ehemaliger Verteidigungsminister, dem Veruntreuung vorgeworfen wird).
- Thelma Esperanza Aldana Hernández: ihr wurde ein Urteil vom 7. August 2009 vorgeworfen, das als Verletzung der Verfassung angesehen wird; damit sei ihr Einstehen für einen unabhängigen Rechtsstaat in Frage gestellt.
- Dimas Gustavo Bonilla: er hat sich als ehemaliger Vorstand der Universität San Carlos (USAC) bei Verfahren gegen MitarbeiterInnen der USAC nicht als befangen zurückgezogen und stattdessen Urteile zugunsten der USAC gefällt. Es sind mehrere Disziplinar- und Ermittlungsverfahren gegen ihn anhängig wegen Prozessverschleppung und Nichtbeachtung von Beschlüssen des Verfassungsgerichts sowie wegen Betrug und Bedrohung von Personen.
- Mynor Franco Flores: auch ihm wird u. a. Begünstigung der USAC vorgeworfen und Prozessverschleppung sowie Entscheidungen in Arbeitsgerichtsprozessen, die seine Unparteilichkeit in Frage stellen.

Von diesen von der CICIG als ungeeignet qualifizierten Personen wurden die ersten drei durch andere KandidatInnen ersetzt, während die drei Letztgenannten gewählt wurden. Diese Entscheidung wurden von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen scharf kritisiert, die sogleich rechtliche Schritte ankündigten.

Derweil hatte das Verfassungsgericht die Wahl für gültig befunden, so dass das neue Kollegium des Obersten Gerichtshofs sein Amt aufnehmen kann. Zum Vorsitzenden des gesamten Gremiums wurde Erick Alvarez gewählt. Auch die verschiedenen Kammern erhielten ihre Vorsitzenden - gegen zwei von total drei laufen Disziplinarverfahren.

Der neue Vorsitzende des Obersten Gerichtshof erklärte angesichts der unterschiedlichen Forderungen und Erwartungen von aussen, dass der einzige Massstab der Justiz das Gesetz sei. Weiterhin versprach er, dass die Arbeit des Gremiums transparent sein werde, und schlug ein Hearing vor, in dem die Öffentlichkeit die neuen

RichterInnen des CSJ kennenlernen könnte. Der CSJ werde im übrigen mit der Förderung einer Schule für Juristische Studien und der Öffnung der Gerichte fortfahren und zudem daran arbeiten, die Dauer der Gerichtsverfahren zu verkürzen, um die zurecht kritisierten Verzögerungen zu reduzieren

Bei den RichterInnen für die verschiedenen Appellationskammern ist keineR der zwanzig von der CICIG oder von Menschenrechtsorganisationen Beanstandeten gewählt worden.

Nineth Montenegro von *Encuentro por Guatemala* (EG), die das neue Gesetz über die Ernennung der RichterInnen des CSJ (Dekret 19-2009) eingebracht hatte, zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ergebnis: „Zu guter Letzt hat der Kongress angefangen zu verstehen, dass die Bevölkerung eine Mitsprache will, dass Transparenz bei den Auswahlverfahren herrschen muss und ethische Kriterien bei der Auswahl angewendet werden müssen“. Für sie ist das Votum angesichts der Vielfalt der abzuwägenden Aspekte angemessen ausgefallen. Gleichwohl kritisierte auch sie die Wahl der drei von der CICIG monierten CSJ-KandidatInnen.

César Fajardo, Verhandlungsführer der Regierungspartei UNE, erklärte seine Zufriedenheit mit den Ergebnissen und fügte an, dass die verschiedentlich kritisierten, interfraktionellen politischen Übereinkünfte darüber, wer gewählt werden soll und wer nicht, für das Wahlverfahren notwendig gewesen seien.

Während sich die PolitikerInnen auf die Schulter klopfen, waren die Reaktionen der Zivilgesellschaft gemischt: Helen Mack von der *Stiftung Myrna Mack* versicherte, dass die Arbeit dieser fragwürdige Personen, die nun gewählt worden seien, genau beobachtet würden. Alvaro Pop von der Indígena-Organisation *Naleb'* erklärte, dass die Parteien im Vorfeld über die KandidatInnen verhandelt und zu wenig auf die Einwände und Beweise der Zivilgesellschaft gehört hätten.

Ramon Cadena von der *Internationalen JuristInnenkommission* sagte, es sei positiv, dass der Kongress jene KandidatInnen für die Appellationsgerichte abgelehnt habe, die als ungeeignet angesehen wurden. Zugleich kritisierte er, dass unter den Unberücksichtigten einige qualifizierte JuristInnen gewesen seien, die trotz ihrer akademischen Meriten und Berufserfahrung nicht ausgewählt wurden.

Eleonora Muralles von den *Angehörigen und FreundInnen gegen das Verbrechen und Entführungen (FADS)* äusserte sich positiv über das Verfahren und das Monitoring durch nicht-staatliche Gruppen. Gleichwohl könne das entsprechende Gesetz durchaus noch verbessert werden insbesondere im Hinblick darauf, den Einfluss der Parteien(zugehörigkeit) auf die Wahlen zu minimieren. Auch gebe es durchaus einige gewählte RichterInnen, die von ihr als nicht geeignet angesehen würden. Dies dem Kongress gegenüber zu beweisen, sei aber für die Gruppen der Zivilgesellschaft in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen.

Raquel Zelaya von der *Vereinigung für Sozialforschungen und Sozialstudien (ASIES)* wies darauf hin, dass es eine grosse Übereinstimmung bei der parlamentarischen Abstimmung gab, welche in diesem Fall zu einem positiven Ergebnis geführt habe. Sie gab allerdings auch ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es das letzte Mal gewesen sei, dass der Kongress die MagistratInnen der Appellationsgerichte bestimmt habe, weil nach ihrer Meinung eigentlich eine juristische Karriere die KandidatInnen zu diesen Ämtern führen müsste.

Insgesamt kann man bilanzieren, dass das frühere Geschacher um Justizposten dank dem Einfluss kompetenter Verbände aus der Zivilgesellschaft, hat verhindert werden können. Die Wahl offensichtlich von wirtschaftlichen und/oder politischen Interessen abhängiger und korrupter JuristInnen konnte so verhindert werden. Das kann einer Justiz, die unabhängig werden will, nur gut tun.

Guatemalas Rohstoffe: ein Konflikt ohne Ende

Guatemala, 23. Okt. Das Thema Rohstoffe ist und bleibt ein kontroverses Thema (nicht nur) in Guatemala. Der Schutz der „Mutter Erde“ war denn auch das Leitmotiv der Demonstrationen am Tag des Gedenkens an den Widerstand der indigenen Völker. Tausende von Menschen versammelten sich am 12. Oktober im gesamten Land und forderten den Rückzug der Bergbau betreibenden Unternehmen sowie das Ende der Verfolgung und Ermordung indigener AnführerInnen und generell die Bekämpfung der Armut der Landbevölkerung. Im Fokus von Protest und Konflikt bleiben die Zementfabrik in San Juan Sacatepéquez, Departement Guatemala, und die Mine Marlin in San Miguel Ixtahuacán, Departement San Marcos.

Bedauerlicherweise lief diese friedliche Demonstration nicht ohne Zwischenfälle ab. Ein bewaffneter Mann schoss auf die Demonstrierenden und tötete dabei den 19-jährigen Imer Orlando Boror Zet. Zwei weitere Personen im Alter von 16 und 65 Jahren wurden verletzt. Gemäss verschiedener BäuerInnen- und indigener Organisationen stammten diese drei Personen aus dem Dorf Lo De Ramos in San Juan Sacatepéquez, eine der zwölf Gemeinden, die gegen die dort ansässige Zementfabrik protestieren. Die Organisationen bedauern, dass das Recht auf freie Meinungsäusserung dermassen verletzt wird und sehen einen klaren Zusammenhang mit dem seit 2007 andauernden Konflikt um die Zementfabrik. An sie wurde die Baulizenz vergeben, ohne vorher die betroffenen Gemeinden zu informieren oder zu konsultieren. Diese haben sich in einer Volksabstimmung mit einem „Nein“ gegen die sich bereits im Bau befindende Fabrik ausgesprochen. Allerdings wurde die consulta, wie bisher alle Volksabstimmungen in Guatemala, nicht anerkannt. Folge dieser Zementfabrik ist nicht nur die Zerstörung des kommerziellen Blumenanbaus der Region, sondern ist auch auf soziokulturellem Niveau zu finden: Spaltung der Gemeinden und Familien, da einzelne Personen von der Zementfabrik profitieren, andere

aber nicht. Dadurch entstehen Konflikte: Kontrollen durch Polizei und Militär, Verfolgung und Angst sind an der Tagesordnung, die Todesfälle vom 12. Oktober sind nicht die ersten.

Als Ergebnis der Demonstration wurde am 22. Oktober der Dialog mit der Regierung eröffnet. Diese erklärte sich bereit, in den Fällen von Ermordung und Verfolgung indigener AnführerInnen zu ermitteln. Die Resultate sollen in zwei Wochen vorliegen. Eine andere Forderung seitens der BäuerInnen ist, dass sich die Polizei- und Militärkräfte aus den Gemeinden San Juan Sacatepéquez und El Estór, Departement Izabal (dort kam es vor einigen Wochen zu einer brutaler Räumung, die ebenfalls mit dem Tod einer Person endete (siehe ¡Fijáte! 444) zurückziehen. Auch eine Agrarreform, die Rücknahme von Abbaulizenzen, die Untersuchung illegaler bewaffneter Gruppen, die Befreiung politischer Häftlinge und die Beendigung von Räumungen werden gefordert. Der Kongress sagte zu, die Abbaulizenzen zu überprüfen. Im Fall der Zementfabrik von San Juan schlägt er vor, dass die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) die Ermittlungen unterstützen soll.

Die durch Rohstoffabbau verursachten Schäden müssen gegen ihren Nutzen abgewogen werden. Zum Beispiel bezahlen 42 der bereits seit Jahren funktionierenden Minen nicht die vereinbarten Tarife und informieren auch nicht über ihre Gewinnspanne (das Gesetz schreibt vor, dass die [ausländische] Firma *ein* ganzes Prozent des Gewinnes vom Verkauf der extrahierten Metalle an den Staat Guatemala zahlen muss, wie hoch dieser Gewinn ist, beziffert allein das Unternehmen!). Das Ministerium für Energie und Bergbau rechnete aus, dass für den Zeitraum 1993 bis 2008 insgesamt vier Millionen Quetzales von den Firmen zu zahlen wären. Seit mehreren Jahren ist nun auch die Rede davon, das Bergabbaugesetz zu ändern und die Abgaben zu erhöhen. Dies scheitert unter anderem daran, dass die von den Projekten betroffenen Gemeinden oft keinen Nutzen davon haben, sondern die ökologischen und sozialen Schäden tragen müssen und daher ganz gegen die Anwesenheit dieser Firmen sind.

Die Bergbauproblematik und ihre negativen Einflüsse auf die Umwelt können ebenfalls internationale Konflikte auslösen. Zum Beispiel ist das Goldabbauprojekt Cerro Blanco der Firma *Entre Mares de Guatemala*, einem Tochterunternehmen der kanadischen Goldcorp. Inc. (welche die Mine Marlin in San Marcos betreibt), geplant. Sie würde im Departement Jutiapa gebaut werden, die Abwasser bzw. die Wasserverschmutzungen, die durch diese Mine verursacht würden, gelängen durch Flusswasser ins angrenzende El Salvador. Während El Salvador in dieser Region Abbaulizenzen an zwei Firmen verweigerte, hat Guatemala die Lizenz bereits vergeben. Nun protestiert aber El Salvador gegen diese Entscheidung. Es bleibt also abzuwarten, inwieweit die sozialen Proteste in Guatemala den rigorosen Abbau von Rohstoffen stoppen können.

¡Fijáte!

www.guatemala.de/Fijate

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-